

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten

Projekt Institut für Internationale Entwicklung /

Zentrum für überfachliche Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,

Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,

Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,

Andreas Schedler, Walter Schicho,

Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),

Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),

Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),

Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),

Oswaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:
<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich
Heft 2/2000; XVI. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsbes. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2000

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Maltersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVI. Jg., Heft 2, 2000 Austrian Journal of Development Studies

Afrika: Bilanz und Perspektiven

Schwerpunktreakteure: Robert Kappel und Ulf Engel

Artikel	
Editorial	109
Gero Erdmann	
Hoffnung für die Demokratisierung in Afrika? Stand und Perspektiven	111
Robert Kappel	
Begründungen für die lang anhaltende Wachstumsschwäche in Afrika	129
Cord Jakobett	
Afrikanische Diskussionen zur Entwicklung des Kontinents – das Beispiel „African Renaissance“	149
Ulf Engel	
Halbzeitbilanz: Wandel und Kontinuität deutscher Afrikapolitik unter der rot-grünen Regierung, 1998–2000	161
Andreas Mehler	
Krisenprävention als neues Paradigma deutscher Afrikapolitik	175
Weitere Artikel	
Andreas Novy	
Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt	189
Waltraud Schekle	
Geldpolitik, Währungsstabilität und Entwicklung	209
Rezension	
Über Autoren und Autorinnen	233
Über Autoren und Autorinnen	236
Informationen für Autoren und Autorinnen	237

Andreas Mehler

Krisenprävention als neues Paradigma deutscher Afrikapolitik

Krisenprävention ist eine einfach zu begründende neue Ausrichtung für internationale Politik in all ihren Formen: „Vorsorgen ist besser als Heilen!“ Frühzeitiges und gezieltes Engagement im Vorfeld einer Gewalteskalation ist erfolgversprechend (im Hinblick auf die Vermeidung der Dialektik von Gewalt und Gegengewalt) und preisgünstig (im Vergleich zu den Folgekosten von Kriegen und bewaffneten Konflikten). Insofern verwundern eher die vorhandenen Widerstände als das insgesamt zügige Tempo der Etablierung des neuen Paradigmas.

Geboren aus der Erkenntnis, dass bilaterale staatliche Träger, internationale Finanzierungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) in den 1980er Jahren immer stärker die Funktion übernommen hatten, zerrüttete Staaten zu „reparieren“, und ein wachsender Anteil der Entwicklungshilfe in die Not- und Katastrophenhilfe sowie den Wiederaufbau von Infrastruktur floss, brach sich Anfang der 1990er Jahre der Gedanke von *conflict prevention* Bahn.¹ In seinen unterschiedlichen Schattierungen hat der Begriff der Prävention international eine „atemberaubende Karriere“ nicht nur in der Friedens- und Konfliktforschung, sondern auch in der „Rhetorik außenpolitischer Eliten“ gemacht.² Dies gilt zweifellos auch für die deutsche Diskussion und hier zumal für die deutsche Politik gegenüber einem von kriegesischen Konflikten zerrissenen Kontinent, allerdings – wie zu zeigen sein wird – in unterschiedlicher Weise und Konkretisierung für einzelne Politikfelder. Der Weg vom Diskurs in die Praxis ist doming und immer noch erst zur Hälfte zurückgelegt.

Der vorliegende Beitrag will eine kurze historische Einordnung des neuen Paradigmas vornehmen, den Stand der deutschen Diskussion an der Jahrtausendwende charakterisieren und eine Auswahl weiterreichender Implikationen für die deutsche Afrikapolitik benennen.

1. Die Karriere des Begriffs der Krisenprävention

Erst nach dem Ende des Kalten Krieges war der Weg frei für eine neue Auseinandersetzung mit den Ursachen und der möglichen Verhinderung häufig kleiner (aber verlust- und konsequenzenreicher) Kriege bzw. bewaffneter Konflikte, denn die ältere Friedens- und Konfliktforschung war ganz im Bann der Ost-West-Auseinandersetzung gestanden. Entgegen optimistischer Erwartungen eines nun eintretenden globalen Friedenszeitalters erwiesen sich die 1990er Jahre als kaum weniger friedlos als vergangene Jahrzehnte – dies galt insbe-

pd

Entwicklungs- POLITIK



Tatsachen, Thesen, Trends

Zweimal monatlich rund sechzig Seiten Information, Analyse, Dokumentation und viel Service

Die Themen:

Weltwirtschaft, Umwelt, Entwicklungspolitik, Frauen, Südpolitik, Menschenrechte, Ökumene

Der unabhängige Wegweiser

für Medien, Politik, Nichtregierungsorganisationen, politische Bildung, Wissenschaft

Bestellen Sie Probehefte, Prospekt oder ein Schnupperabonnement*

*(6 Ausgaben zu 18.-)

epd-Vertrieb, Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt

**Das Forum zur Nord-Süd-Politik
kritisch-kommunikativ-kreativ**

sondere auch für Afrika. Hinzu kamen nun sehr schmerzvolle Erfahrungen mit gescheiterten UN-Friedensmissionen in Somalia und Rwanda, die wissenschaftlich und praxisorientiert ausgewertet wurden. Ein erweiterter Sicherheitsbegriff inklusive Ernährungssicherheit, ökologischer Sicherheit etc. fand international und national zunehmend Akzeptanz. Schließlich stand der Begriff der Krisenprävention im Einklang mit dem Bedeutungszuwachs eines „normengeleiteten Multilateralismus“ und „politischem Handeln jenseits materieller oder geostrategischer Motive“ am Ende des 20. Jahrhunderts.³ In OECD- und EU-Kreisen machte außerdem der Begriff der *structural stability* als umfassendes strategisches Ziel die Runde.⁴ Wichtige Anstöße für die neue Denkrichtung erfolgten durch eine Vielzahl von Konferenzen und durch eine begrenzte Zahl von Schlüsseldokumenten.⁵

Die deutsche Diskussion folgte diesen Überlegungen der internationalen Foren. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nahm sich seit Mitte des Jahrzehnts der Thematik an und 1997 entstand eine für konzeptionelle Zwecke vorerst ausreichende Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirates des Ministeriums.⁶ Angestoßen wurde außerdem ein Forschungsvorhaben zu „Krisenindikatoren in der Entwicklungszusammenarbeit“. Erst mit dem Regierungswechsel 1998 erhielt Krisenprävention aber einen hohen symbolischen Stellenwert durch die Verankerung entsprechender Passagen im Koalitionsvertrag.⁷ Die neue Bundesregierung schrieb dem Thema mehrfach große Prominenz zu, die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidmarie Wiecek-Zeul, hob in Reden und Interviews mehrfach den Stellenwert von Krisenprävention hervor.⁸ Dabei wies sie der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) insgesamt wiederholt zwei Aufgaben zu:

1. Abbau struktureller Ursachen gewalttätiger Konflikte durch Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in den Partnerländern; und
2. Aufbau von Mechanismen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung.

Ein gestiegener Präventionsbedarf wurde im Haus ebenfalls mit guten Argumenten konstatiert.⁹

Entwicklungspolitisch sah das BMZ Handlungsbedarf in drei Feldern der so genannten „globalen Strukturpolitik“, die auch für Krisenprävention von Belang sind:

1. Stärkung des UN-Systems, Aufbau regionaler Strukturen für Sicherheit und Zusammenarbeit und insbesondere die Stärkung der Rolle der Partnerländer im globalen politischen System,
2. Erarbeitung und Umsetzung globaler Normen- und Regelwerke u.a. in den Bereichen Kleinwaffen, Kindersoldaten, indigene Völker und internationale Strafgerichtsbarkeit. Für die globalen Ursachen von gewaltsamen Konflikten auf der Ebene von Weltwirtschaft und Umwelt wollte man sich ebenso einsetzen; und
3. Teilnahme am Aufbau europäischer und internationaler Netzwerke entwicklungspolitischer Krisenprävention.¹⁰

Das neue Schlagwort wurde auf sektoraler Ebene mit geringer Verspätung, aber doch in großer Breite aufgenommen; dies war zumal im Apparat des Durchfühlers staatlicher Technischer Zusammenarbeit, der GTZ, gut ablesbar. Mit Fachveranstaltungen, Evaluierungen und Studien konnten die Zusammenhänge von Ernährungssicherung, Ressourcenschutz, *good governance* etc. mit Krisenprävention schnell hergestellt werden.¹¹ Dies war sicherlich eine Antwort auf die expliziten politischen Vorgaben in Zeiten knapper werdender staatlicher Zuflüsse und muss im Kontext des Wettbewerbs im Hause selbst gesehen werden. Es förderte aber zweifellos eine schnelle Übernahme des Themas. Ohne entsprechende Sensibilisierung größerer Teile der Mitarbeiter und ohne Umsteuerung bestehender Vorhaben musste sich dieses Unterfangen allerdings zunächst den Vorwurf des *window dressing* gefallen lassen.

Nicht wesentlich anders stellte sich die Situation bei kirchennahen und anderen NRO dar,¹² wobei hier das Gedankengebäude des „do no harm“¹³, also die Aufforderung, als erste Bedingung für präventives Handeln die eigenen konfliktverschärfenden Handlungen zu minimieren, besonders früh und nachdrücklich aufgenommen wurde. Auch die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgte dieser Logik.¹⁴

In der Zentrale des BMZ war zwischen den Vordenkern in einigen Stabstellen und manchen Entscheidungsträgern in den Regionalabteilungen zu unterscheiden, die in erster Linie aus einer bürokratischen Logik heraus das neue Paradigma argwöhnisch betrachteten: Ein weiteres Querschnittsthema zu „Umwelt“ und *gender* musste bestehende Verfahren komplizieren. Das ältere Paradigma der Armutsorientierung fand viele Fürsprecher, die das neuere der Krisenprävention als Gefahr für das bestehende Selbstverständnis deutscher EZ ansahen. Offener als durch diesen verdeckten Widerstand wurde in wissenschaftlichen Kreisen gegen die neue „Leerformel“ polemisiert¹⁵, obwohl gerade den Beförderern von Krisenprävention der unterstellte „Allmachtswahn“ der EZ ziemlich fern lag. Mit größerer Berechtigung wurde die Inkonsistenz mancher zentraler Entscheidungen unter präventiven Gesichtspunkten benannt.¹⁶

Im Auswärtigen Amt (AA) wurde Krisenprävention naturgemäß in einen weiteren Kontext aller konfliktbezogenen Handlungsfelder (Sicherheitspolitik, UN-Friedenseinsätze, Konfliktmanagement) gestellt und so auch eher relativiert.¹⁷ Zwar wurden in offiziellen Stellungnahmen zivile Maßnahmen immer positiv gewürdigt, zumeist aber als Ergänzung von militärischen Missionen der Friedenserhaltung oder nur im Kontext des postkonfliktiven Aufbaus (z.B. auf dem Balkan) gekennzeichnet. Ausnahmen bestätigten diese Regel.¹⁸ Der eigentliche Gedanke der Prävention schlug sich konzeptionell kaum nieder.¹⁹

Dies verweist auf ganz reale Einwände: Es gibt zweifellos methodische Probleme beim Nachweis erfolgreicher Prävention: Wie kann man nachweisen, dass das Nichteintreten eines befürchteten Ereignisses auf bestimmte präventive Handlungen in der Vergangenheit zurückzuführen ist? Im Zusammenhang damit steht das – schwächere – Relevanzargument: Es gebe genügend zu tun, um das schon eingetretene Chaos und Konflikttfolgen zu beheben; da bliebe

wenig Zeit für die Prävention nur hypothetischer Gefährdungen. Daneben trat schließlich das sehr realistische und gleichzeitig symbolische Politikverständnis: die Aufmerksamkeit der Medien bei so unspektakulärem Tun sei nicht gewährleistet. Obwohl die Nachsorge unbestritten wesentlich mehr Mittel als die Vorsorge verschlingt und insgesamt auch nicht mehr Hoffnungen auf nachhaltige Beilegung der Gewalt verspricht, war der außenpolitische Apparat insgesamt weniger leicht vom Wert der Krisenprävention zu überzeugen.

Diese Variationen mochten auch mit dem spezifischen internationalen Referenzsystem zu tun haben: Während das BMZ auf das DAC der OECD, der eine eigene Informal Task Force on Conflict, Peace and Development Co-operation eingerichtet hatte, reagierte und die Diskussionen auf der Ebene von UNDP, Weltbank oder im Rahmen des Conflict Prevention and Post-Conflict Reconstruction Network (CPR) verfolgte, schaute das Auswärtige Amt eher auf die dynamisch sich entwickelnde Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU mit dem Aufbau einer wiederum stärker an *crisis response* orientierten „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ durch die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki.²⁰ Daneben sah man – gerade in Afrika zunehmend schwierigere – UN-Friedensmissionen als vordringliches Thema an und engagierte sich daher stärker beim Aufbau afrikanischer Kapazitäten im militärischen Bereich sowie für den OAU-Mechanismus für Konfliktprävention, -management und -lösung.

2. Stand der deutschen Diskussion an der Jahrtausendwende

Lassen sich diese Entwicklungen zusammenfassen? Und wo steht deutsche Afrikapolitik im Themenbereich zu Beginn des neuen Jahrtausends?

Man kann behaupten, dass wichtige konzeptionelle Arbeit auf internationaler Ebene geleistet wurde, die nun schon recht flächendeckend in die grundlegenden Diskurse deutscher Akteure eingegangen sind. Verbreitet ist aber gleichzeitig die Unsicherheit über einige inhaltlichen Zusammenhänge von Ursache und Wirkung in der Konfliktanalyse und bei der angewandten Krisenprävention. Eine Anpassung der Instrumente steht noch am Anfang, ist aber resolut in Gang gekommen; die institutionelle Verankerung ist vermutlich noch nicht ausreichend vorangekommen, eine angemahnte „Infrastruktur“ der Krisenprävention ist erst in Andeutungen erkennbar.²¹

Auf der Tagung der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland e.V. (VAD) vom 30.3.–1.4.2000 zeigte sich ein Regionalverantwortlicher des AA kategorisch: „Krisenprävention? Wir machen *crisis response*“, lautete seine Antwort auf eine Publikumsfrage. So steht es zwar nicht in den offiziellen Dokumenten, aber es mochte Ausdruck einer eher informellen Arbeitsteilung zwischen Diplomatie und EZ sein.

Ausgangspunkt solcher Überlegungen könnte die Feststellung sein, dass die Möglichkeiten der EZ zur Krisenprävention gerade für hoch eskalierte Konflikte

(Burundi, Rwanda, DR Congo, Sierra Leone, Äthiopien-Eritrea) nicht überschätzt werden darf. Die Einwirkungschancen sind insgesamt begrenzt und abhängig vom Friedenswillen lokaler Akteure; dieser war und ist in den genannten Fällen nicht sehr ausgeprägt. Der in der deutschen Fachdiskussion zum Thema als Meilenstein geltende Querschnittsbericht zu Evaluierungen deutscher EZ in Krisensituationen benannte mögliche positive Beiträge (langfristiger Abbau von Konfliktsachen; kurz- und mittelfristige Stabilisierung durch Wiederaufbauleistungen; politische Öffnung, Partizipation etc.; Sicherheit durch personelle Präsenz; Abbau von Bereicherungsmöglichkeiten im Rahmen der Strukturangepassung), deckte aber auch krisenverschärfende Wirkungen deutscher EZ auf.²² Schwächen wurden u.a. bei der Informationsweitergabe von der Projektebene bis zur politischen Entscheidungsebene erkannt. Die Verbesserung von Analysekapazitäten und die Mitarbeiterschulung wurden als wichtige Voraussetzungen rechtzeitiger Reaktion hervorgehoben. Diskutiert wurden im Anschluss an diese Ergebnisse auch die Konsequenzen einer krisenpräventiv ausgerichteten EZ für Projektprüfung, -steuerung und -laufzeiten. Eine Flexibilisierung scheint notwendig, in Einzelfällen müsste ein Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, in anderen muss die Möglichkeit des Abbruchs stärker ins Auge gefasst werden – mit allen (auch personalpolitischen) Konsequenzen.

Hat die Diplomatie in bereits fortgeschrittenen Krisen (möglicherweise unter Einschluss von *track two*)²³ einen komparativen Vorteil? Sympathie hat das AA für den Ansatz der Unterstützung regionaler Organisationen zur Krisenprävention, gedacht ist offenbar auch hier vornehmlich an kurzfristig einsetzende Aktivitäten kurz vor der Eskalation zu einem offenen Konflikt und im Prozess der Konfliktbeilegung.²⁴ Das Friedensinteresse – so wird von Vertretern dieses Ansatzes argumentiert – ist im regionalen Rahmen genuin vorhanden. Das verfügbare lokale Personal hat vermutlich ein besseres Verständnis der Konflikte. Dies deckt sich wiederum mit den Glaubenssätzen partizipatorischer Konfliktbearbeitung unter der Überschrift des *ownership of conflict*.²⁵ Die fehlende Neutralität der Nachbarn und oft sehr direkte Interessen an Feindseligkeiten sind allerdings gegen solche – manchmal zu optimistische – Postulate abzuwägen. Die etwas stereotype Wiederholung dieses Grundsatzes lassen kritische Stimmen außerdem vermuten, dahinter stecke die fehlende Bereitschaft, im UN-Rahmen mit ausreichendem finanziellen und personellen Engagement für Frieden und Friedenssicherung auf dem Kontinent einzutreten (siehe Sierra Leone, DR Congo).

Die Frage der komparativen Vorteile unterschiedlicher deutscher Akteure im Feld der Krisenprävention ist letztlich noch wenig erörtert. Man könnte vermutlich solche komparativen Vorteile in Abhängigkeit vom Ansatzpunkt im Konfliktzyklus (deutlich vor, kurz vor, während und nach der gewaltsamen Eskalation), von Ressourcenausstattung, technischer Kompetenz, politischer Sensibilität und politischem Einfluss sehen. Zukünftig kann dies aber nicht aus dem Bauch heraus entschieden werden, es bedarf einer offenen Diskussion dieser Vorteile und der Abstimmung zwischen den Akteuren (GTZ, politische Stiftungen, Bot-

schaft, kirchennahe NRO u.a.); ein *multi-track approach* wird in Fachkreisen fortlaufend eingefordert. Erste Auswertungen sprechen von der Bedeutsamkeit der Kohärenz der verschiedenen Politiken (EZ, Handelspolitik, Außenpolitik und Sicherheitspolitik) und vom Wert explizit (und nicht nur zufällig) krisenpräventiven Tuns.

Nahe legend erscheint, dass Technische Zusammenarbeit (TZ) vor allem im Bereich *post-conflict reconstruction* eine prominente Rolle hat, um einen zweiten Gewaltausbruch verhindern zu helfen. Der Neuaufbau eines durch Bürgerkrieg zerstörten Staates sollte – stärker als bisher – bewusst darauf zielen, alte strukturelle Ursachen gewaltsamer Konflikte mit zu beheben. Aber wer sich allein auf dieses Einsatzfeld beschränkt, hat die genuine Prävention eigentlich schon aufgegeben.²⁶ Hier sei nur eine Auswahl möglicher Argumente für eine strategische Arbeitsteilung gegeben: Die Basisnähe einiger vor allem kirchennaher NRO sorgt zuweilen für eine exklusive Information über Zuspitzungen von Konflikten und gibt den entsprechenden Akteuren einen komparativen Vorteil bei *early warning*. Politische Stiftungen sollten Vorteile bei der Analyse entscheidender Informationen haben und auch im krisenpräventiven Engagement im *governance*-Bereich. Staatliche TZ genießt durch langjährige Partnerbindungen oft ein besonders Maß an Vertrauen in der Bevölkerung, das nutzbar gemacht werden kann. FZ kann als „Türöffner“ und zur Durchsetzung politischer Konditionalitäten eingesetzt werden. Der diplomatische Apparat schließlich verfügt über Einflusskanäle und ein formales politisches Gewicht, dass bei der präventiven Einwirkung auf Partnerregierungen systematisch nutzbar gemacht werden könnte. Schließlich ergeben sich Chancen zur Arbeitsteilung vor Ort auch zwischen den Akteuren aus unterschiedlichen Staaten. Eine gemeinsame Problemanalyse als Voraussetzung eines so strategischen Ansatzes sollte allerdings auf nationaler Ebene einfacher sein. Nun werden in der Außendarstellung die Gemeinsamkeiten der Ressorts Äußeres und Entwicklung auch bei diesem Dossier gern betont. Dass es zuweilen beträchtlich knirscht, ist aber ein offenes Geheimnis.

Derzeit noch unklar ist die Zukunft und Zweckbestimmung des im Anschluss an das o.g. Forschungsvorhaben aufgestellten Indikatorenkataloges.²⁷ In einer ersten Anwendung auf 95 Länder der Erde²⁸ wurden Vorschläge zur Überarbeitung mancher Indikatorfragen gemacht, andererseits ist der Bedarf an Analyseinstrumenten für den Praktiker groß. Es scheint so, dass die Liste für *early warning* nicht geeignet ist, dafür aber als Policy-Instrument des BMZ: Die Auswertung der Indikatoren kann die Notwendigkeit unterstreichen, gewaltsame Konflikte in einigen Länderkonzepten prominent zu berücksichtigen.²⁹

Neu ist das Instrument des Zivilen Friedensdienstes (ZFD), d.h. der Einsatz von entsprechend qualifizierten Fachkräften der anerkannten Entwicklungsdienste zur Durchführung von Maßnahmen der Förderung des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten und Konfliktpotenzialen.³⁰ Beiträge zur Versöhnung und dem Wiederaufbau (einschließlich der Unterstützung von Verwaltungsaufgaben auf kommunaler Ebene).³¹ Zu den Einsatzziele im ersten Bewilligungszeitraum

gehörten auch afrikanische Staaten (Sudan, Uganda, Zimbabwe). Seriös lässt sich dieses Instrument noch nicht beurteilen. Neu ist ebenfalls ein Arbeitskreis „Entwicklungspolitische Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“, der sich bislang noch nicht mit spezifisch regionalen Fragestellungen beschäftigt hat.³² Und neu ist schließlich auch ein Sitz des BMZ im Bundessicherheitsrat. Noch lässt sich wenig über die Auswirkungen dieser Neuerungen sagen.

Die deutsche Afrikapolitik befindet sich insgesamt im Mittelfeld einer neuen präventiven Ausrichtung und wird in Europa sicherlich von Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen überflügelt. Andere EU-Mitgliedsstaaten haben das Paradigma noch kaum rezipiert (z.B. Frankreich). Das *mainstreaming*, die Etablierung des Querschnitts-themas im Apparat des AA und in der Entwicklungsadministration, wird noch Zeit benötigen. Im Moment darf man moderat optimistisch sein, dass dies auch eintreten wird. Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun im Besonderen für deutsche Afrikapolitik ziehen?

3. Vier Schlussfolgerungen für eine neue deutsche Afrikapolitik

3.1 Holistischer Ansatz, aber gezielte Maßnahmen

Krisenprävention wird zurecht nicht als eine Ansammlung neuer Projekttypen diskutiert, sondern als eine Zugangsweise in allen Formen eines Engagements (*culture of prevention*). Es gibt allerdings Projekt- und Programmtypen, die im engeren Zusammenhang mit Krisenprävention stehen: Rechtsprojekte und geeignete Formen der Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten sind hier nahe liegend. Die Unterstützung selbst friedensförderlicher Strukturen in den Partnerländern (funktionierende Institutionen, Demokratie) gilt ebenfalls als nahe liegende Aufgabe, bedarf aber zumeist einer zivilgesellschaftlichen Basis, die in manchen Staaten des Kontinents schlicht fehlt. Eine Verschiebung der Schwerpunkte auf solche Aktivitäten (zumindest in den gefährdeten Staaten) erscheint als unausweichlich³³. Eine Neubestimmung der Handlungsoptionen in den zusammenbrechenden Staaten ebenso.

3.2 Neues Nachdenken über den Staat in Afrika

Im Hinblick auf Krisenprävention stellt sich die Frage, ob staatliche Institutionen als Partner, Gegner, Opfer oder gar „Versuchskaninchen“ angesehen werden. Die in der gesamten EZ zunehmend problematisierte Zusammenarbeit mit maroden staatlichen Strukturen stellt sich jedenfalls noch stärker im Zusammenhang mit Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Einerseits hat der Staat (Justiz und Sicherheitsapparat) in zahlreichen afrikanischen Staaten als Konfliktregler bereits versagt, andererseits kann EZ zu seiner weiteren Schwächung beitragen, wenn sie sich exklusiv auf traditionelle Mechanismen oder die Zivil-

gesellschaft verlässt.³⁴ Die Sicherung oder Rekonstruktion von Staaten oder – alternativ – eine Stützung des Staatsaufbaus auch von unten sind fallweise als Optionen zu überprüfen.

3.3 Strategische Denkweise

Der Ansatzpunkt einer *structural stability* im Sinne der Befähigung einer Gesellschaft ihre eigenen (notwendig auftretenden und zum Teil wünschenswerten) Konflikte friedlich zu lösen, sollte als strategisches Ziel internalisiert werden. Politische Analyse, ein Abgehen vom Schönreden der Partner (und eigener Aktivitäten), „den Konflikt denken“ gehört ebenso hierher. Ganzheitliches Denken unter Einschluss der indirekten Effekte europäischer Agrarpolitik und deutscher Waffenexporte auf afrikanische Konflikte ist ebenso erforderlich. Deutsche EZ muss folglich politischer werden und deutsche Diplomatie darf sich nicht im Zeichen eines allein technokratischen Multilateralismus entpolitisieren.

3.4 Regionale Konkretisierung

Was der deutschen Debatte noch weitgehend fehlt, ist eine regionale Konkretisierung.³⁵ Nach einer beinahe abgeschlossenen Festlegung der universellen Standards macht diese aber sehr viel Sinn: Instrumente im Bereich Krisenindikatoren, *early warning* oder auch *conflict impact assessment* können gestützt auf empirische Erfahrungen für die Region angepasst werden. Insbesondere das Vorherrschen „schwacher“ Staaten und neopatrimonialer Herrschaft sollte bei der Konfliktursachenforschung und den ins Auge gefassten Präventionsstrategien verstärkt Berücksichtigung finden. Die Konfliktinterdependenz in bestimmten Regionen (z.B. Zentralafrika) bedarf einer grenzübergreifenden Beobachtung.³⁶

Vielleicht ist es doch an der Zeit, unter dem Blickwinkel der Prävention ein bisher nie zu Stande gekommenes Afrikakonzept oder bindende subregionale Konzepte für Konfliktregionen zu entwerfen.

Abstracts

“Prevention is better than cure” – this holds true not only in the health sector, but also in a largely political context. This article aims at following the “breath-taking career” of the term crisis prevention in Germany’s Africa Policy. It seems as if different actors in the Foreign Office, the Ministry of Development Co-operation, bilateral agencies and NGOs deliberately accepted the paradigm of crisis prevention in general terms, but – at least for the time being – fail to draw any lessons for their own work on the ground. Conceptually there has been some progress over the last two years, but important problems remain unresolved.

Some variation of perspectives on the subject by different German actors are fully legitimate, but curiously those actors fail to develop quite obvious arguments for their specific comparative advantages in this field of engagement. Some general lessons can be drawn from the current state of discussion: There needs to be a more pro-active understanding of prevention, a targeted, but holistic approach and the development of sub-regional crisis prevention concepts aiming at policy coherence. Failing to develop appropriate instruments will lead to a continuation of a crisis response attitude.

„Vorbeugen ist besser als Heilen“ – was für die Gesundheitsvorsorge gilt, ist auch im politischen Kontext richtig. Der vorliegende Artikel bemüht sich die „atemberaubende Karriere“ des Begriffs der Krisenprävention in der deutschen Afrikapolitik nachzuzeichnen. Offensichtlich haben die unterschiedlichsten Akteure im Auswärtigen Amt, im BMZ, in Durchführungsorganisationen und NRO bereitwillig das neue Paradigma in seiner allgemeinen Form übernommen, ohne allerdings bislang Lehren für ihre alltägliche Arbeit zu ziehen. Konzeptionell wurde in den letzten beiden Jahren Fortschritte gemacht, doch wichtige Probleme bleiben ohne Lösung. Unterschiedliche Herangehensweisen verschiedener deutscher Akteure sind sicherlich legitim, gleichzeitig erstaunt, wie selten sie ihre komparativen Vorteile im Themenfeld herausarbeiten. Einige Lehren kann man nun bereits ziehen. So wird ein stärker pro-aktives Verständnis von Prävention benötigt, in Verfolgung eines zielgerichteten, gleichwohl holistischen Ansatzes. Die Erstellung subregionaler Krisenpräventions-Konzepte würde überdies der Kohärenz dienen. Angepasste Instrumente nicht zu entwickeln, bedeutet eine Fortsetzung der Kultur des Reagierens.

Anmerkungen

- 1 In der deutschen Diskussion wurde der Begriff wiederholt kritisiert, weil er die potenziell positive Kraft von Konflikten nicht reflektiert. Nur dem gewaltsamen Austrag sollte vorgebeugt werden, daher wird der Begriff der Krisenprävention allgemein bevorzugt. Vgl. zu Ausbreitung und Grenzen des Paradigmas Matthies, Volker. 1999. Krisenprävention als Friedenspolitik. Zur Entstehung eines neuen politischen Konzepts. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, 40, 4: 103–106.
- 2 Chojnacki, Sven, Wolf-Dieter Eberwein. 2000. Die Kultur der Prävention. Ein Ansatz zur Zivilisierung internationaler Politik? (= WZB papers P 00-301). Berlin: 1.
- 3 Chojnacki/Eberwein 2000: 46.
- 4 “Structural stability is to be understood as a term denoting a dynamic situation, a situation of stability able to cope with the dynamics inherent in (emerging) democratic societies. Structural stability could thus be defined as a situation involving sustainable economic development, democracy and respect for human rights, viable political structures, and healthy social and environmental conditions, with the capacity to manage change without resort to violent conflict.” (nach: Commission of the European Communities. 1996. The European Union And The Issues Of Conflicts In Africa: Peace-Building, Conflict Prevention And Beyond [= Communication from the Commission to the Council]. Brussels)
- 5 Mit Afrikabezug: Annan, Kofi. 1997. The Causes of Conflict and the Promotion of Durable Peace and Sustainable Development in Africa. Secretary-General's Report to the United

Nations Security Council, 16 April 1998; Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict: Preventing Deadly Conflict. Final Report with Executive Summary. New York, December 1997; and Commission of the European Communities 1996. Daneben: Organisation for Economic Development. Development Assistance Committee (OECD DAC). 1998. DAC Guidelines On Conflict, Peace and Development Co-operation. Paris (daneben wäre die ältere Agenda for Peace des UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali von 1992 zu nennen).

6 Entwicklungspolitik zur Vorbeugung und Bewältigung von Katastrophen und Konflikten. Konzeptionelle Aspekte und deren entwicklungspolitische Implikationen. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ (= BMZ aktuell 82). Bonn 1997.

7 Am deutlichsten ist der Eintrag unter „XI. Europäische Einigung, Internationale Partnerschaft, Sicherheit und Frieden“ (1): „... Sie (die Bundesregierung, A.M.) wird sich mit aller Kraft um die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Krisenprävention und der friedlichen Konfliktregelung bemühen. Sie wird sich dabei von der Verpflichtung zur weiteren Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, zu einem ökonomischen, ökologischen und sozial gerechten Interessenausgleich der Weltregionen und zur weitestweitung der Menschenrechte leiten lassen“, aus: Aufbruch und Erneuerung – Deutsches Land Weg ins 21. Jahrhundert. Kooperationsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die GRÜNEN, 20.10.1998.

8 Stellvertretend: Wiczorek-Zeul, Heidemarie: Sicherheitspolitische Bezüge der Entwicklungspolitik. Rede zur Abschlussveranstaltung des Kernseminars der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, 28.5.1999, hekt.

9 Vgl. Klocke-Lesch, Adolf. 1999. Friedenspolitik und Krisenprävention als Strategieelemente des BMZ. Referat anlässlich der GTZ-Veranstaltung „Friedenssicherung und Krisenprävention“ am 26.11.1999 in Eschborn, hekt., der einen zunehmenden Druck auf die natürlichen Lebensgrundlagen, einen Zerfall staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen und das Fehlen einer allgemein anerkannten globalen Sicherheitsstruktur hervorhebt.

10 Ebd.

11 Zu einigen u.a. sektoralen Überlegungen vgl. Fahrenhorst, Brigitte. Hg. 2000. Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten, Dokumentation einer Fachtagung in der TU Berlin vom 3.-5.12.1999 (= SID-Berlin-Berichte; 11). Berlin.

12 Vgl. beispielhaft Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED). 1999. Frieden muß von innen wachsen. Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke. Bonn.

13 Vgl. die weit rezipierten Schriften von Mary B. Anderson, z.B.: 1999. Do no harm: How Aid can Support Peace – or War. London.

14 Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). 1999. Beiträge der FZ zur Krisenprävention und Krisenachsorge in Entwicklungsländern (= Arbeitshilfen, Materialien, Diskussionsbeiträge; 23). Frankfurt am Main.

15 Hanisch, Rolf. 1999. Krisenprävention – eine neue Leerformel. Betz, Joachim, Stefan Brüne. Hg. Jahrbuch Dritte Welt 2000. München: 55–63.

16 Z.B. die konzentrierte Liste künftiger Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit von April 2000 (siehe den Artikel von Ulf Engel in diesem Heft), die zwar einige Länder mit „hohem Bedarf“, die sich gleichzeitig einen äußeren Krieg leisteten, zurecht auf eine Warteliste setzte (Angola, Äthiopien, Eritrea, Zimbabwe), andere allerdings nicht (Rwanda, Uganda).

17 Konkret machte sich das Auswärtige Amt an die Etablierung eines Ausbildungskurses für ziviles Personal in internationalen Friedensmissionen, bislang allerdings noch nicht speziell für ein afrikanisches Einsatzgebiet (Stand: Juni 2000). Dies entsprach einer Festlegung im Koalitionsvertrag: „Die neue Bundesregierung wird für die Aufgaben im Bereich von Peacekeeping und Peacebuilding Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.“ (A.a.O. Kap. XI [5])

18 Vgl. Eröffnungsrede des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Ludwig Volmer anlässlich des Workshops „Umwelt und Sicherheit: Krisenprävention durch Kooperation“, Berlin 15.6.2000. Die Veranstaltung war von AA, BMZ und BMU kofinanziert.

19 Ablesbar an der Wortwahl im Eintrag der homepage des AA zu Deutscher Afrikapolitik: „Friedenssicherung, Krisenmanagement und Konfliktbewältigung sowie Förderung von Demokratie und Menschenrechten bleiben die wichtigsten Aufgaben der deutschen Afrika-Politik“ (27.3.2000). Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de>.

20 Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Helsinki), 10.–11. Dezember 1999 (erhältlich über <http://www.auswaertiges-amt.de>). Auch im nicht-militärischen Bereich werden keine Mechanismen der Prävention, sondern allein der Krisenbewältigung vorgesehen.

21 Vgl. Debiel, Tobias, Martina Fischer, Volker Matthies, Norbert Ropers. 1999. Effektive Krisenprävention. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik (= SEF Policy Paper 12). Bonn.

22 Klingebiel, Stephan. 1999. Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen. Querschnittsbericht zu Evaluierungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in sechs Ländern. Berlin (hier: 28). Unter diesen befanden sich vier afrikanische Länder: Äthiopien, Kenia, Mali und Rwanda.

23 „Track two“-Diplomatie geschieht über Individuen mit Erfahrungen in „Fazilitation“ (Gesprächsanbahnung), die institutionell unabhängig von Regierungen oder internationalen Organisationen handeln.

24 Vgl. „Afrika und Europa: Partnerschaft zwischen Solidarität und Selbstverantwortung“ Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer im South African Institute for International Affairs am 31. März 2000 in Johannesburg (http://www.auswaertiges-amt.de/de6_archiv/index.htm). Hier heißt es: „Wir begrüßen es, dass die Staaten Afrikas heute selbst darauf bestehen, dass sie eine primäre Verantwortung für die Lösung afrikanischer Konflikte tragen“. Hervorgehoben wird die Rolle der Regionalorganisationen OAU, SADC, ECOWAS und East African Community.

25 Vgl. ebda., entsprechende Passagen finden sich z.B. auch bei Annan 1998 oder Commission of the European Communities 1996.

26 Eine scharfe Kritik an dieser Ausrichtung auch der Weltbank findet sich bei Moore, David. 2000. Levelling the Playing Fields and Embedding Illusions: 'Post-Conflict' Discourse and Neo-liberal 'Development' in War-torn Africa. In: Review of African Political Economy, 83: 11–28.

27 Vgl. Spelten, Angelika. 1999. Instrumente zur Erfassung von Konflikt- und Krisenpotentialen in Partnerländern der Entwicklungspolitik (= Forschungsberichte des BMZ; 126). München etc.

28 Im Auftrag des BMZ durch das Deutsche Übersee-Institut (DÜI) in Zusammenarbeit mit der Verfasserin des Kataloges, Angelika Spelten.

29 Während es für die praxisorientierte Identifikation vordringlicher Problemfelder und die Prioritätensetzung von Maßnahmen andere Ansätze gibt. Vgl. Lund, Michael, Andreas Mehler (Principal Contributors). 1999. Peace-Building and Conflict Prevention in Developing Countries. A Practical Guide (= CPN guide book; draft). Brussels/Ebenhausen.

30 Als Aufgaben werden genannt: Stärkung von Friedenspotentialen; vertrauensstiftende Maßnahmen zwischen Angehörigen von Konfliktparteien; Aufbau von Informations- und Bildungsstrukturen und -programmen zur Bekanntmachung und Erklärung der Friedensaktivitäten und zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern (z.B. Friedenserziehung), Vermittlung bei Konflikten zwischen Angehörigen von Interessengruppen, Ethnien, Religionen; Mitwirkung bei der Beobachtung und Förderung der Menschenrechts- und Demokratiesituation.

31 BMZ. 1999. Ziviler Friedensdienst – Ein neues Element der Entwicklungszusammenarbeit. Bonn, 9.6.1999.

32 Die erste formelle Tagung fand am 29.5.2000 statt.

33 „Akuter Präventionsbedarf“ wurde nach der Auswertung des BMZ-Kriterienkataloges z.B. für das lange Zeit als mustergültig stabil geltende Côte d'Ivoire festgestellt.

34 Diese und andere offene Fragen werden aufgeworfen bei Mehler, Andreas, Claude Ribaux. 2000. Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit. Ein Überblick zur nationalen und internationalen Diskussion. Eschborn (i.E.).

- 35 Vgl. Ansatzpunkte bei Engel, Ulf, Andreas Mehler. Hg. 1998. *Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika*. Hintergründe, Analysen und Strategien für die entwicklungspolitische Praxis (= Arbeiten aus dem Institut für Afrika-Kunde, 100). Hamburg.
- 36 Chojnacki/Eberwein 2000: 25–27.

Literatur

- Anderson, Mary B. 1999. Do no harm: How Aid can Support Peace – or War. Boulder etc.: Lynne Rienner.
- Annan, Kofi. 1998. The Causes of Conflict and the Promotion of Durable Peace and Sustainable Development in Africa. Secretary-General's Report to the United Nations Security Council. New York.
- Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED). 1999. Frieden muß von innen wachsen. Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke. Bonn.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). 1997. Entwicklungspolitik zur Vorbeugung und Bewältigung von Katastrophen und Konflikten. Konzeptionelle Aspekte und deren entwicklungspolitische Implikationen. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ (= BMZ aktuell 82). Bonn.
- BMZ. 1999. Ziviler Friedensdienst – Ein neues Element der Entwicklungszusammenarbeit. Bonn. 9.6.1999.
- Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict. 1997. Preventing Deadly Conflict. Final Report with Executive Summary. New York.
- Chojnacki, Sven, Wolf-Dieter Eberwein. 2000. Die Kultur der Prävention. Ein Ansatz zur Zivilisierung internationaler Politik? (= WZB papers P 00–301). Berlin.
- Commission of the European Communities. 1996. The European Union And The Issues Of Conflicts In Africa: Peace-Building, Conflict Prevention And Beyond (= Communication from the Commission to the Council). Brussels.
- Debiel, Tobias, Martina Fischer, Volker Matthies, Norbert Ropers. 1999. Effektive Krisenprävention. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik (= SEF Policy Paper 12). Bonn.
- Engel, Ulf, Andreas Mehler. Hg. 1998. *Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika*. Hintergründe, Analysen und Strategien für die entwicklungspolitische Praxis. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Fahrenhorst, Brigitte. Hg. 2000. Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten, Dokumentation einer Fachtagung in der TU Berlin vom 3.–5.12.1999, Berlin: SID.
- Fischer, Joschka. 2000. Afrika und Europa: Partnerschaft zwischen Solidarität und Selbstverantwortung, Rede im South African Institute for International Affairs am 31. März 2000 in Johannesburg (http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/index.htm).
- Hanisch, Rolf. 1999. Krisenprävention – eine neue Leerformel. In: Betz, Joachim, Stefan Brüne. Hg.: *Jahrbuch Dritte Welt 2000*. München: Beck: 55–63.
- Klingebiel, Stephan. 1999. Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen. Querschnittsbericht zu Evaluierungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in sechs Ländern. Berlin: DIE.
- Kloke-Lesch, Adolf. 1999. Friedenspolitik und Krisenprävention als Strategieelemente des BMZ. Referat anlässlich der GTZ-Veranstaltung „Friedenssicherung und Krisenprävention“ am 26.11.1999 in Eschborn, hekt.
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). 1999. Beiträge der FZ zur Krisenprävention und Krisennachsorge in Entwicklungsländern (= Arbeitshilfen, Materialien, Diskussionsbeiträge; 23). Frankfurt am Main.

- Lund, Michael, Andreas Mehler (Principal Contributors). 1999. *Peace-Building and Conflict Prevention in Developing Countries. A Practical Guide*. Brussels etc.: CPN.
- Matthies, Volker. 1999. Krisenprävention als Friedenspolitik. Zur Entstehung eines neuen politischen Konzepts. In: *E+Z Jg. 40, 1999/4*: 103–106.
- Mehler, Andreas, Claude Ribaux. 2000. Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit. Ein Überblick zur nationalen und internationalen Diskussion. Eschborn i.E.
- Moore, David. 2000. Levelling the Playing Fields and Embedding Illusions: 'Post-Conflict' Discourse and Neo-liberal 'Development' in War-torn Africa. In: *Review of African Political Economy*, 2000/83: 11–28.
- Organisation for Economic Development. Development Assistance Committee (OECD DAC). 1998. DAC Guidelines On Conflict, Peace and Development Co-operation. Paris.
- Spelten, Angelika. 1999. Instrumente zur Erfassung von Konflikt- und Krisenpotentialen in Partnerländern der Entwicklungspolitik (= Forschungsberichte des BMZ; 126). München.
- Wieczorek-Zeul, Heidmarie. 1999. Sicherheitspolitische Bezüge der Entwicklungspolitik. Rede zur Abschlussveranstaltung des Kernseminars der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, 28.5.1999, hekt.

Andreas Mehler, Universität Hamburg, Institut für Afrika-Kunde
e-mail: andreas-m-iak@uni-hamburg.de